

Süddeutsche Zeitung

NAHOST-KONFLIKT

Siedlerkolonie Israel?

Ein Essay von Volker Weiß

18. Dezember 2023

In den Augen mancher Kritiker Israels erscheint der Nahostkonflikt als eine Art Neo-Western. Im Taumel von Raumnahme und Gewalt, so ihr Eindruck, hat das Konventionelle seine Gültigkeit verloren. Das Niedermetzeln eines Siedlertrecks durch bedrängte Natives mag grausam in Szene gesetzt sein, im Kontext der Rahmenhandlung hat es aber nach dieser Lesart durchaus seine Berechtigung.

Spätestens seit der Documenta fifteen ist klar, dass sich solche Sichtweisen auch in der Kunstszene großer Beliebtheit erfreuen. Exemplarisch dafür ist die Performance zum Gazakrieg, die in der Berliner Universität der Künste stattfand. In schmerzhafter Schlichtheit hielten schwarz gekleidete Darsteller dem Publikum rot bemalte Hände entgegen, um auf die „blutigen Hände“ des Westens hinzuweisen. Begleitet war das Spektakel von Parolen gegen „Kolonialismus“, „Genozid“ und für die „Freiheit Palästinas“. In diesem Milieu bewegt der Konflikt die Gemüter wie kaum ein anderer, ganz im Sinne Achille Mbembes scheint man dort die „Besetzung Palästinas“ für den „größten moralischen Skandal unserer Zeit“ zu halten.

Möglicherweise hilft ein Perspektivenwechsel, solch simplifizierende Vorstellungen zu korrigieren. Was heute als Palästinakonflikt gilt, war stets ein Kampf verschiedener Strömungen um Hegemonie, in dem die Handlungsoptionen Einzelner begrenzt blieben. Eine Darstellung, die Israel aus dem Fokus nimmt, kann verdeutlichen, wie sich darin in mehr als sieben Jahrzehnten zahlreiche Interessen zu einem kaum entflechtbaren Ganzen verbinden konnten.

Die arabischen Binnenkonflikte sind seit dem Abzug der Europäer und bis heute ohne Zahl

Die Wurzeln des Problems reichen bis zurück in die Zeit des Hochimperialismus. Das betroffene Gebiet zählte zur Erbmasse des Osmanischen Reiches, in dessen Niedergang Ende des 19. Jahrhunderts sich bereits die wichtigsten politischen Kräfte herausschälten: Die arabische Haschemiten-Dynastie strebte nach der Gründung eines Großreichs,

europäisch inspirierte Nationalismen und erste Formen des Panislamismus verfolgten eigene Pläne. Doch zunächst sollten Frankreich und Großbritannien 1916 die ehemals osmanischen Gebiete mit dem Sykes-Picot-Abkommen nach klassisch kolonialer Manier untereinander aufteilen. Später wandelte der Völkerbund dann deren Zugriff in nur wenig abgemilderte „Mandate“. Nach Abzug der Europäer entfaltete sich hauptsächlich der Konflikt zwischen Monarchisten und Nationalisten.



Ironischerweise haben bereits die israelischen „Neuen Historiker“, die wie Benny Morris den nationalen Gründungsmythos vom Kampf gegen eine Übermacht im Palästinakrieg 1948 hinterfragten, auf die Bedeutung der arabischen Binnenkonflikte hingewiesen. Aus ähnlichen Motiven hob auch der US-Historiker Joshua Landis die Zerstrittenheit der Angreifer hervor. Syrien, Ägypten und Saudi-Arabien hatten demnach die haschemitisch regierten Alliierten Jordanien und Irak verdächtigt, unter dem Vorwand der Eroberung Palästinas ein eigenes großarabisches Imperium errichten zu wollen. Immerhin war die Dynastie nicht lange zuvor aus Mekka und Damaskus vertrieben worden.

Die Gründung eines Staates Palästina war kein gemeinsames Ziel – und Israels Kriegsglück wurde vom Misstrauen innerhalb der Allianz begünstigt.

„Arabische Republik“? Ägypten, Syrien, Irak – sie alle wollten jeweils die Führungsrolle

Jordanien konnte 1948 zwar das Westjordanland sowie Jerusalem besetzen, die innere Ordnung der arabischen Länder geriet jedoch in den Folgejahren ins Wanken. In Ägypten putschte das Militär, im Irak fiel das Haupthaus der Haschemiten einer Revolution zum Opfer, aus der Dynastie konnte sich lediglich Jordaniens König Abdullah I. halten, wurde aber 1951 von einem arabischen Nationalisten erschossen. Der Zwist schwelte auch weiter, als Israel nach der erneuten arabischen Niederlage 1967 zur Besatzungsmacht wurde und sich die palästinensische Basis nach Jordanien verlagerte. Die PLO, in der mittlerweile Jassir Arafats Fatah den Ton angab, versuchte 1970, den König zu stürzen.



Zur Unterstützung marschierten syrische Truppen in Jordanien ein, wurden jedoch zurückgeschlagen. Die PLO entwich nach Libanon, wo sie erneut einen Bürgerkrieg auslöste. Die imperialen Ambitionen des haschemitischen Herrscherhauses waren gescheitert und Israel sollte sich für Jordanien vom

Feind zur Garantiemacht wandeln. Der Konflikt blieb jedoch unter anderen Vorzeichen erhalten.



Spätestens ab dem Suez-Krieg 1956 hatte der panarabische Nationalismus die Massen gewonnen, innerhalb dessen sich dann die Baath-Parteien mit einem Hybrid aus Nationalismus und Sozialismus herauskristallisieren sollten. 1958 vereinigten sich sogar Syrien und Ägypten zu einer „Arabischen Republik“, die aber nur drei Jahre Bestand hatte. Die arabische Einigung blieb ein Konstrukt, da nun Ägypten, Syrien und der Irak jeweils die Führungsrolle beanspruchten. Auf übergeordneter Ebene begannen die Koordinaten des Kalten Krieges das Geschehen neu zu strukturieren. Nominell waren die arabischen Staaten zwar blockfrei, doch vor allem für Ägypten wurde die Sowjetunion zum wichtigen Handels- und Rüstungspartner. Israel hingegen war an die USA gerückt und hatte mit Großbritannien und Frankreich um den Suezkanal gekämpft, obwohl zionistische Gruppen vor der Staatsgründung noch einen Guerillakrieg gegen die britische Mandatsmacht geführt hatten. Nun wagte Israel ein riskantes Abenteuer an der Seite des ehemaligen Gegners, doch die Suez-Krise wurde in einer ganz anderen Hinsicht zur Zeitenwende: Die neuen Supermächte USA und Sowjetunion legten Wert auf eine Beruhigung der Lage und erzwangen über die Köpfe der Akteure hinweg gemeinsam das Ende der Intervention. Ein Novum, mit dem die Weltordnung des 19. Jahrhunderts endgültig Geschichte war.

Hauptprofiteur von Hass und Metzelei in Nahost: die Herrscher in Teheran

Parallel zu dieser Entwicklung hatten immer auch panislamische Organisationen auf das Geschehen eingewirkt, die jenseits von Monarchie und Republik eine eigene Agenda verfolgten. Die Hinrichtung von Sayyid Qutb, dem Chefideologen der Muslimbruderschaft, durch Ägyptens Präsident Nasser 1966 machte diese weitere Bruchlinie sichtbar. Auch in Syrien wurden die Muslimbrüder mit aller Härte verfolgt, islamistische Aufstände gegen das Baath-Regime führten seit den Siebzigerjahren zu Tausenden Toten und der Zerstörung der Stadt Hama. Diese Vorgänge wurden im Westen ebenso hingenommen wie die Verheerungen, die Assads Truppen im aktuellen syrischen Bürgerkrieg anrichteten. Die Konfliktlinie flackerte auch andernorts wieder auf, 2013 putschte in Ägypten der Militärherrscher Sisi in der Tradition Nassers den Muslimbruder Mursi aus dem Präsidentenamt. Die Stärke dieser straff organisierten Gruppe in Gaza ist heute ein Grund für Ägyptens Passivität.



Alle diese Ereignisse wirkten sich stets auf Israel aus. Nach dem Ende von Panarabismus und Blockkonflikt konnten islamistische Gruppen ihre Macht gegen die Fatah-geführte Autonomiebehörde ausbauen. Da wesentliche Akteure des arabischen Nationalismus wie der Gründer der Baath-Partei, Michel Aflaq, und PFLP-Chef George Habasch Christen waren, veränderte die Dominanz islamischer Gruppen auch das Machtgefüge innerhalb der arabischen Gesellschaften. Zahl und Einfluss der Christen im gesamten Nahen Osten sinken durch Verfolgung und Auswanderung seit Jahren. Mit der nun primär islamischen Legitimation des Kampfes kamen neue Probleme. Mittlerweile versucht auch Iran, zur führenden Macht der Region zu werden.

Teheran nützt den Palästinakonflikt als Vorwand für die strategische Präsenz der Hisbollah in Libanon. Diese steigert das Risiko einer Konfrontation Irans mit Erdoğans Türkei, dessen neo-osmanische Außenpolitik den Konflikt ebenfalls ausbeutet. Um das Chaos perfekt zu machen, treffen im Hintergrund Interessen Russlands und der USA aufeinander. Allein diese Hegemoniekämpfe zeigen, dass die Dynamik keineswegs nur in der israelischen Politik gründete. Vielmehr ist Israel eine Karte, die jederzeit zur Durchsetzung ganz anderer Interessen ausgespielt werden kann. Die Palästinenser werden von ihren angeblichen Freunden seit Jahrzehnten primär als Verfügungsmasse zur Eskalation gesehen. Angesichts ihrer Behandlung durch ihre arabische Verwandtschaft drängt sich fast der Verdacht auf, dass ein wirtschaftlich erfolgreicher Palästinenserstaat dort sofort Begehrlichkeiten wecken würde.

Wieso sind 900 000 geflüchtete Juden so selten mal ein Thema?

Die Solidaritätsszene nimmt das nicht wahr, ihr Bild vom „europäischen Siedlerkolonialismus“ ist voller blinder Flecken. Israel ist keine „weiße“ Gesellschaft, sondern ethnisch und kulturell diverser als manch anderer Staat der Region. Davon zeugen schon 20 Prozent arabische Israelis, Christen, Drusen, Beduinen, Armenier und andere. Die Religionsgemeinschaft der aus Iran stammenden Bahai unterhält einen großen Tempel in Haifa, während sie in Iran systematisch verfolgt wird. Schon vor dem Zionismus gab es eine seit der Antike präsente jüdische Bevölkerung, etwa die Hälfte der Israelis stammt selbst aus dem Nahen Osten. Damit erscheint auch die Flüchtlingsfrage – eines der Hauptargumente der Palästina-Solidarität – in einem anderen Licht: Denn während die circa 750 000 palästinensischen Flüchtlinge der israelischen Staatsgründung von 1948 auch aufgrund ihrer bis heute von arabischen Staaten verweigerten Integration einen festen Platz im internationalen Bewusstsein haben, sind die circa 900 000 Juden, die im Zuge des Nahostkonfliktes aus islamisch dominierten Staaten vertrieben wurden, öffentlich kaum ein Thema.

Der Historiker Nathan Weinstock hat in einer umfangreichen Arbeit diese „quasi vollkommene Säuberung der arabischen Welt von ihrer jüdischen Komponente“ nachgezeichnet. Er beschrieb die Vertreibung aus dem Nahen Osten einschließlich Irans binnen weniger Jahrzehnte, darunter aus Ländern, in denen Juden schon zu vorislamischen Zeiten gelebt hatten. Weinstock, ursprünglich spezialisiert auf die jüdische Arbeiterbewegung, frappierte vor allem die Ignoranz der Linken gegenüber diesem Geschehen. Juden waren in den arabischen Ländern führend bei der Gründung kommunistischer Parteien

und der Organisation des antikolonialen Widerstandes beteiligt gewesen. Mit dem zionistischen Gedanken hatten sie hingegen meist wenig anfangen können, was sie aber nicht vor Verfolgung und Vertreibung bewahrte. Die progressiven Bewegungen im Westen wollten all dies jedoch nicht wissen. Für Weinstock ein merkwürdiger Kontrast „zu der Inbrunst, die das Engagement für die Sache der palästinensischen Flüchtlinge auszeichnet“.

Alles, was das Dogma vom „weißen Kolonialstaat Israel“ störte, sollte weg

Während sich weltweit Intellektuelle der „Sichtbarmachung“ der palästinensischen Flüchtlinge verschrieben, ließen sie die jüdischen Flüchtlinge verschwinden. Der angesehene libanesisch-britische Sozialhistoriker Albert Hourani untersuchte zwar detailliert die gesellschaftlichen Umbrüche im Nahen und Mittleren Osten, schrieb aber lediglich verschämt vom „Zuzug“ orientalischer Juden nach Israel. Auch Edward Said erwähnte die jüdischen Vertriebenen nur am Rande. Wenn sie überhaupt wahrgenommen wurden, dann galten sie als „jüdische Opfer des Zionismus“, nicht der islamischen Gesellschaften. Anders als bei den Palästinensern wurde kein Rückkehrrecht gefordert oder Verständnis für verhärtete Positionen gezeigt. Denn obwohl die orientalischen „Mizrahim“ in Israel selbst Diskriminierung zu beklagen hatten, fanden sie dort eher in der Rechten ihre politische Heimat. Ihre Stimmen galten als ausschlaggebend, als der Likud 1977 erstmals mit Menachem Begin den Ministerpräsidenten stellte.

Anstelle der vorherrschenden Schemata Orient/Okzident beziehungsweise Schwarz/Weiß müssten in der Debatte zum Nahostkonflikt die Widersprüche mehr Geltung bekommen. Juden wurden von Antisemiten in Europa und den USA als „nicht weiß“ klassifiziert, sie hätten als Leidensgenossen gewürdigt werden können. Edward Saids Position, dass der Orientalismus des Westens „stets mehr der ihn gebärenden Kultur als seinem vermeintlichen Gegenstand“ entsprochen habe, lässt sich auch auf die Darstellung der Juden des Orients anwenden. Da ihre Existenz jedoch das Dogma vom „weißen Kolonialstaat Israel“ störte, wurden sie aus der Wahrnehmung seiner Epigonen getilgt.

Stattdessen aktivierte der Antizionismus bereits überlieferte Deutungsmuster. Schon in den Ländern des Ostblocks waren die Begriffe Antisemitismus und Antizionismus austauschbar. Immer wieder hatten dort „antizionistische“

Kampagnen zur Flucht von Juden geführt. Die Propaganda verknüpfte mit dem Zionismus schlicht dieselben Eigenschaften, die der Antisemitismus für die Juden bereithielt: Kosmopolitismus, Illoyalität und Verrat des Volkes an das Kapital und den Imperialismus, nur wurde aus dem Vorwurf der Heimatlosigkeit nun der des Landraubes. Besonders manifestierte sich diese Parallele in Bildern, die ungeniert aus dem Fundus judenfeindlicher Darstellungen schöpften.

Der Nazifilm „Jud Süß“ wurde zum Kassenschlager, in Ägypten, Syrien, dem Irak

Im Nahen Osten wurde all das bereitwillig aufgenommen: Ein besonders drastisches Beispiel dafür ist die Zweitverwertung des nationalsozialistischen Propagandafilms „Jud Süß“.



Der Historiker Bill Niven belegt in einer neuen Studie die Verbreitung des antisemitischen Machwerks bei Israels feindlichen arabischen Nachbarn. Er zitiert Thomas Harlan, den Sohn des Regisseurs Veit Harlan, der seinem Vater Anfang der Fünfzigerjahre von Filmplakaten im arabischen Teil Jerusalems schrieb. Zur selben Zeit meldete die deutsche Gesandtschaft alarmiert aus Bagdad ausverkaufte Vorstellungen, unterbrochen von „lauten Zwischenrufen gegen das Weltjudentum und für die arabische Einigkeit“,

flankiert wurden die Vorführungen mit antisemitischen Zeitungsberichten und Lobpreisungen Adolf Hitlers.

Neben westdeutschen Filmhändlern, die – von westdeutschen Behörden unbehelligt – den Film arabischen Regierungen bis hin zum saudischen Königshaus anboten, sahen ihn auch die DDR und Sowjetunion als probates Mittel ihrer geopolitischen Agenda. Mindestens in den Fünfziger- und Sechzigerjahren konnte so Goebbels Propaganda in Libanon, in Syrien, dem Irak und Ägypten die Kinos füllen. Mitunter, schreibt Niven, gab es geringe Anpassungen, die einem bis heute bekannten Muster folgten: „Überall dort, wo in der Originalfassung das Wort **Jude** vorkam, wurde es in der arabischen Synchronisation mit **Israeli** oder **Zionist** wiedergegeben.“

Diese Entwicklung hätte anders verlaufen können, schließlich wurde der Zionismus auch von einem sozialistischen Impuls getrieben und war selbst Akteur der Dekolonialisierung: Israel war im Konflikt mit der britischen Kolonialmacht und mit Unterstützung der UdSSR gegründet worden. Andererseits stand der Zionismus nicht nur in den Augen europäischer, sondern auch arabischer Nationalisten in Verdacht, eine Agentur der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ zu sein. Trotzdem blieb das Verhältnis der Bolschewiki selbst zum Zionismus jedoch ablehnend. Moskau verlangte von der Kommunistischen Partei Palästinas die „Arabisierung“, um sie „anstelle einer Organisation von jüdischen Arbeitern zu einer wahrhaft territorialen Partei zu machen“.

Kein Wildwestfilm, sondern eine israelische TV-Serie sah die Dinge schon 2015 kommen

Hier zeigte sich wieder die Paradoxie der Situation, denn während Antisemiten aus dem jüdischen Beitrag zur marxistischen Emanzipationshoffnung ein „jüdisches Wesen“ des Kommunismus konstruierten, wurde dieser Anteil vom Sowjetkommunismus schlicht verleugnet.

Eine Betrachtung, die einmal nicht Israel, sondern vor allem seine Feinde ins Zentrum stellt, führt vor Augen, dass das nahöstliche Katastrophenszenario seit Jahrzehnten von unzähligen Faktoren beeinflusst wird. Israel ist trotz seiner militärischen Stärke nie wirklich Herr des Geschehens gewesen. Das

Land dient viel mehr als kleinster gemeinsamer Nenner in den Interessen völlig unterschiedlicher Akteure. Um das zu durchschauen, bedarf es mehr als des Geredes vom „weißen Siedlerkolonialismus“.

Tatsächlich, um wieder zur Populärkultur zurückzukehren, war es kein Wildwestfilm, sondern die seit 2015 produzierte israelische TV-Serie „Fauda“, die das Geschehen vom 7. Oktober antizipierte. Darin plant die Hamas einen Massenmord an Juden mit Giftgas, um das ganze Machtgefüge der Region zu ändern. Ihr Kalkül: Israel durch maximale Grausamkeit zur härtesten Antwort und dann alle islamischen Staaten in einen Krieg gegen Israel zu zwingen.

Der Plan scheitert, aber vorher müssen viele Menschen sterben.

Volker Weiß, geboren 1972, ist Historiker und Publizist. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Geschichte und Gegenwart der extremen Rechten. Er forscht in Hamburg.